

L MAGAZIN

Ausgabe Nr. 1 · 2015

LINKSDRUCK

Bildung für alle

Das Projekt Gemeinschaftsschule für Brandenburg

Herausforderung Willkommenskultur

Anmerkungen zur aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik

Verwaltungs-Strukturreform

Wie das Vorhaben gelingen kann

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

Leben in Brandenburg – das ist ein weites Feld zwischen extremen Polen geworden. Dieses Heft zeigt es.

LINKE arbeiten für bessere Bildung für alle, von Anfang an. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen, wollen niemanden ausgrenzen, wollen Schulstandorte erhalten. Wir verbessern die Betreuung in den Kitas. Das macht es nicht nur für die Kinder entspannter, fröhlicher und interessanter – es verschafft auch jungen Lehrerinnen und Lehrern, Kita-Erzieherinnen und -Erziehern gute und sichere Arbeit.

Wir stecken viel Geld in die Krankenhäuser des Landes, sorgen für ihre Erhaltung als medizinische Anker im ländlichen Raum, nutzen neueste Technik zur medizinischen Betreuung auch in entfernten Winkeln des Landes. Wir starten eine Pflege-Offensive, um das Leben der Hilfsbedürftigen zu verbessern – und die Arbeitsbedingungen, auch die Entlohnung der Pflegekräfte.

Wir bereiten eine weitere Anhebung der Lohnuntergrenze bei Aufträgen der öffentlichen Hand vor und arbeiten weiter für ein wirtschaftlich starkes Brandenburg.

Und wir starten eine breite öffentliche Debatte über das Leitbild der Landesregierung zur Verwaltungsreform, um un-

sere Strukturen im Land bürgernäher, zukunftsfähig und finanziell handlungsfähig zu machen.

Für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger soll das Leben sicher und Stück für Stück besser werden.

Aber das sind bei weitem nicht alle in Brandenburg Lebenden. Mehr und mehr Flüchtlinge kommen zu uns – nach lebensgefährlicher Flucht aus Afghanistan, Syrien, dem Irak, auf der Flucht vor dem IS. Zusammengepfercht leben sie zunächst in Eisenhüttenstadt und warten auf die Bewilligung ihres Asylantrages. Neben ihnen auch manche aus den ärmeren Balkan-Ländern, die bislang keinen anderen Zugang nach Deutschland finden als das Asyl-Recht.

Zum Glück stoßen Menschen, die Zuflucht suchen, in Brandenburg auf praktische Solidarität und freundliche Aufnahme.

Doch auch hier bedroht sie ein pöbelnder, gewalttätiger rechter Mob. Dem werden wir uns weiter mit aller Kraft in den Weg stellen!

Aber je besser Menschen von auswärts unsere Sprache verstehen, desto klarer hören sie, wie auch diesseits des Mobs vor allem über Zugangsbegrenzungen, Leistungskürzungen, Abschiebungen diskutiert wird. Nicht über Integration, über Chancen, über offene Arme unsererseits. Das aber wollen wir ändern. Deswegen setzen wir uns u.a. für ein modernes Einwanderungsgesetz ein.

Denn: Brandenburg soll in der Tat für alle, die hier leben, sicher sein und Stück für Stück besser werden.

Herzlich, Ihr

Ralf Christoffers
(Fraktionsvorsitzender)

Impressum

DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1 · 14467 Potsdam
Telefon: 0331/966 15 03
Telefax: 0331/966 15 05

V.i.S.d.P.: Thomas Domres, Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildnachweis (sofern nicht im Besitz der Fraktion):

Titelbild: © David-W-/photocase.com · S. 3 und S.4 oben: © Mario Dannenberg · S. 4 unten: © ovokuro/photocase.com · S. 5 unten: © fotolia.com/Oliver Peters · S. 10: © kalljipp/photocase.com · S. 11: © madochap/photocase.com

Inhaltsverzeichnis

S. 2

Editorial und Inhalt

Thema Kinder & Bildung

S. 3

Eine Schule für alle

Das Projekt Gemeinschaftsschule für Brandenburg

S. 4

Wer Inklusion will, sucht nach Wegen – wer sie nicht will, sucht Begründungen

S. 5

Kinder sollen gemeinsam lernen

Interview mit Kathrin Dannenberg

Auf den Anfang kommt es an!

Für eine bessere Betreuung in den Kitas

S. 6

Gerechte Chancen für alle Kinder

Der Kampf gegen die Kinderarmut in Brandenburg

Thema Landwirtschaft

Für eine regional angepasste Tierhaltung

Thema Flucht & Asyl

S. 7

Menschenwürde gilt auch für Flüchtlinge

Anmerkungen zur aktuellen Asylpolitik

S. 8

Willkommenskultur –

ein Job für die Zivilgesellschaft

S. 9

Das ist ein Kampf um Grundwerte

Interview mit Andrea Johlige

Thema Verwaltung & Gesundheit

S. 10

Brandenburg 2020

Wie die Verwaltungsreform gelingen kann

S. 11

Gesundheitspolitik und Pflegeoffensive

Für eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung in den Regionen

Service

S. 12

Adressverzeichnis –

die Abgeordneten und ihre Büros



Eine Schule für alle

Das Projekt Gemeinschaftsschule für Brandenburg

Schule für alle, Schule der Vielfalt: Wie das Projekt Gemeinschaftsschule letztlich genannt wird, ist zweitrangig. Wichtig sind die Inhalte: Jedes Kind ist willkommen, niemand wird aussortiert.

Als Marko Mönch zur Schule ging, hatte er es nie weit zu seinen Klassenkameraden. „Ich hatte das Glück, in meiner Heimatstadt Calau meine gesamte Schulzeit genießen zu können“, sagt Mönch. Durch die kurzen Wege zur Schule – zuerst zur Grundschule und später zum Gymnasium – blieb mehr Zeit für Hausaufgaben und Freizeit. „Ich konnte zum Beispiel meinem Sportverein treu bleiben“, erinnert sich Mönch.

Heute fehlt vielen Kindern und Jugendlichen in Brandenburg diese Zeit. Gerade in den abgelegeneren Regionen mussten viele Schulen geschlossen werden, durch die sinkenden Einwohnerzahlen ist auch künftig vielerorts die Schulstruktur bedroht. Auch in Calau musste das Gymnasium schließen. Lange Fahrten mit dem Schulbus sind für viele Kinder heute leider Alltag.

In Calau kämpfen die Menschen daher für die Gründung einer Gemeinschaftsschule. Momentan gibt es in der Stadt eine Grundschule und nebenan die Robert-Schlesier-Oberschule. Der Plan: Beide Schulen werden zu einem Schulzentrum ausgebaut. Dort sollen Kinder künftig die Klassen 1 bis 10 gemeinsam besuchen, auch das Abitur soll möglich sein. „Die Stadtverordnetenversammlung und beide

Schulkonferenzen haben bereits einen einstimmigen Beschluss dazu gefasst“, sagt Marko Mönch, der sich in der Grundschule als stellvertretender Vorsitzender der Elternkonferenz engagiert.

Das Vorhaben in Calau könnte in ganz Brandenburg – im wahrsten Wortsinn – Schule machen. Gemeinschaftsschulen ermöglichen ein längeres gemeinsames Lernen und gewährleisten eine schulische Versorgung auch in Gegenden, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind. „Die LINKE kämpft seit Jahren für

*„Jedes Kind ist
willkommen, niemand
wird aussortiert.“*

ein gerechteres und qualitativ besseres Schulsystem, zu dem die Einführung einer Gemeinschaftsschule gehört“, sagt Kathrin Dannenberg, bildungspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag.

Dannenberg war selbst 24 Jahre lang Lehrerin an einer Oberschule. Die meisten Kinder wechseln nach der Grundschule auf ein Gymnasium, eine Gesamtschule oder eine Oberschule. „Unser heutiges Schulsystem ordnet die Kinder ein. Wir legen sie schon früh auf ihren Bildungsweg und ihre Berufsorientierung fest. Das gefällt mir nicht“, sagt die Mutter einer erwachsenen Tochter.

Die Vorteile einer Gemeinschaftsschule liegen für sie auf der Hand. „Kinder sollten möglichst lange gemeinsam lernen,

mindestens von der 1. bis zur 10. Klasse“, sagt die Bildungsexpertin. Kinder bräuchten Entwicklungsmöglichkeiten in einer Schule, die alle Bildungsgänge anbietet und die die Schüler auf Berufsausbildung oder Abitur vorbereitet. Die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems diskriminiere dagegen Kinder, die noch Zeit brauchen.

Auf Drängen der LINKEN wurde das Projekt Gemeinschaftsschule in den rot-roten Koalitionsvertrag aufgenommen. Konkret wurde vereinbart: „In Zukunft wird überall dort, wo die Schulträger und die Eltern es wünschen, die Fusion von Grundschulen mit Oberschulen bzw. Gesamtschulen zu Schulzentren möglich sein.“ Auch Gymnasien können in diese Schulzentren einbezogen werden. Gemeinsames Lernen aller Kinder soll von der 1. Klasse bis zum Schulabschluss möglich sein.

Nun ist es Aufgabe der Regierungskoalition, detaillierte Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört nach einem Konzept der LINKEN eine fünfjährige Pilotphase, die mit ausgewählten Schulen zum Schuljahr 2017/2018 startet. Vorher soll es einen intensiven Dialog mit allen Betroffenen – Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen, Schulträgern – geben, weil es uns wichtig ist, ein direktes Feedback von den Fachleuten und den Menschen aus der praktischen Arbeit zu erhalten. Wichtig ist auch, dass es um eine freiwillige Veränderung der Schulen von innen heraus geht und nicht um eine von außen auferlegte formale Strukturveränderung. Damit das Projekt gelingen kann,

werden wir mit dem Haushalt 2017/18 zusätzliche finanzielle Mittel bereitstellen.

Jedes Kind ist willkommen und wird optimal gefördert, niemand wird zurückgelassen – diese Grundüberzeugung fordert letztlich einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik. „Klar ist, dass die Einführung einer Gemeinschaftsschule ein langfristiger Prozess ist, der weit über eine Legislaturperiode hinausgeht“, sagt LINKE-Bildungsexpertin Dannenberg. Zentrale Voraussetzungen für die Umsetzung der Gemeinschaftsschule mit hohen Bildungsstandards sind Verlässlichkeit und finanzielle Planungssicherheit in der Bildungspolitik. Und es braucht engagierte Akteure vor Ort, die das Vorhaben demokratisch mitgestalten können.

So wie die Eltern der Grund- und Oberschulkinder in Calau. „Meine Tochter geht



in die gleiche Grundschule wie ich damals. Mit dem zukünftigen Schulzentrum erhöht sich die Möglichkeit, in der Stadt zu bleiben und nicht mit dem Bus fahren zu müssen“, sagt Eltern-Vertreter Marko Mönch. Das

würde wesentlich weniger Zeitdruck bedeuten – und mehr Lebensqualität. „Meine Tochter könnte weiterhin mit ihren Freundinnen und Freunden die Schule bis zum Abschluss besuchen.“

„Wer Inklusion will, sucht nach Wegen – wer sie nicht will, sucht Begründungen...“ (Hubert Hüppe)

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ heißt es in Artikel 3 unseres Grundgesetzes. Die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen sollte in unserer Gesellschaft also eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet, die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen umzusetzen. Und das Land Brandenburg hat in einem „Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket“ viele verschiedene Aktivitäten zusammengefasst. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist für uns LINKE richtig und wichtig – sie ist eine Herzenssache, eine Frage des Menschenbildes.

Doch im Alltag hapert es oft an der konkreten Umsetzung. 2012 startete die damalige Bildungsministerin Martina Münch (SPD) ein Pilotprojekt zur Inklusion. Das Vorhaben war ambitioniert, aber inzwischen fehlt für nachhaltige Änderungen im Bildungsbereich leider die nötige po-

litische Unterstützung. Der Runde Tisch beim Bildungsministerium, an dem alle Beteiligten über die Ausgestaltung des Pilotprojektes diskutierten, hat sich seit über einem Jahr nicht mehr getroffen. Auch die Empfehlungen aus dem Abschlussbericht des wissenschaftlichen Beirates „Inklusive Bildung“ zur weiteren Umsetzung des Projekts Inklusive Schule liegt seit langem in der Schublade im Bildungsministerium. Und an dem Agieren des amtierenden Bildungsministers wird derzeit leider nicht deutlich, wie er das Vorhaben weiter nach vorne bringen will.

Immerhin sind wir abseits der Landespolitik schon auf dem Weg. Landkreise, Kommunen und Schulträger schaffen bereits Voraussetzungen für eine inklusive Schule, es werden Konzepte erarbeitet und Schulgebäude um- oder ausgebaut. Vom Land werden sie dabei leider allein gelassen und sind darüber zu Recht verärgert. Aber dank ihres Engagements ist Inklusion in der Bildung bereits Praxis in Brandenburg.

Über 80 Pilotschulen, in denen Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam ab der 1. Klasse lernen, setzen ihre Arbeit für die nächsten zwei Jahre fort. Und dann? Was passiert mit diesen Kindern, die bald die Pilotschulen verlassen? Dafür muss es von der Landespolitik Antworten geben! Genau diese Antworten erwarten wir als LINKE vom Bildungsminister, genau diese Antworten werden wir einfordern. Unsere Idee einer Gemeinschaftsschule ist eine

Antwort auf ein inklusives Bildungssystem. Hier werden alle Kinder in all ihrer Vielfalt gefördert und gefordert.

Neben den Pilotschulen lernen Kinder mit und ohne Förderbedarf auch heute schon im „Gemeinsamen Unterricht“. In über 3.000 Klassen im Land – vor allem in Grund- und Oberschulen – wird auch hier bereits Inklusion gelebt. Aber trotz größter Anstrengungen und hohem Engagement der Lehrkräfte stoßen sie aber an ihre Grenzen, wenn die äußeren Bedingungen für diesen Unterricht – wie z.B. die Klassenfrequenzen von 23 SchülerInnen – ständig überschritten werden. Das führt zu Unzufriedenheit, Eltern beschwerten sich und Lehrkräfte haben oft das Gefühl den Kindern nicht gerecht zu werden.

DIE LINKE erwartet ein klares JA zur Inklusion und ein klares Bekenntnis zu den daraus erwachsenen Herausforderungen. Uns läuft die Zeit davon – Inklusion hat schon lange begonnen. Daher werden wir nicht mit dem Druck nachlassen, die Landesregierung an ihre Hausaufgaben zu erinnern. Die Empfehlungen liegen vor, die Schulen und Schulträger brauchen klare Aussagen, die nächsten Schritte zu einem inklusiven Schulsystem müssen gegangen werden. Daher wollen wir endlich konzeptionelle Vorstellungen zur flächendeckenden Einführung von Inklusion in allen Grundschulen und in den weiterführenden Schulen. Auch das Schulgesetz muss an die Herausforderungen der Inklusion angepasst werden. Es ist Zeit zum Handeln.



Bild: © ovokuro/photocase.com

Kinder sollen gemeinsam lernen

Interview mit Kathrin Dannenberg

Frage: Frau Dannenberg, heute sind sie Bildungspolitikerin im Landtag, aber 24 Jahre waren Sie selbst Lehrerin. Was ist das Schöne am Lehrerberuf?

K.D.: Als Lehrerin darf man mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, sie ein Stück auf ihrem Lebensweg begleiten. Und sie motivieren, das Beste aus sich herauszuholen. Die Kids geben sofort ein Feedback: unverblümt, ehrlich, manchmal hart - aber man weiß, wo man steht. Außerdem habe ich viel von meinen SchülerInnen gelernt: unkompliziert und auch mutig zu sein, sich selbst nicht so wichtig zu nehmen und auch mal albern zu sein. Ich glaube, in diesem Beruf bleibt man länger jung in seinem Denken und bekommt eine andere Sicht auf die Welt.

Frage: 2010 wurden Sie mit dem Deutschen Lehrpreis für innovativen Unterricht ausgezeichnet. Wie gestaltet man interessante Schulstunden?

K.D.: Schulstunden werden interessant für Kinder, wenn man es schafft, die Lust auf das Lernen zu wecken. Und wenn man zu-

hören und emphatisch sein kann. Alles andere ergibt sich von selbst. Wichtig ist, jedes Kind als Persönlichkeit zu achten, die Klasse nicht einzuteilen in gute oder schwache Schüler. Jedes Kind hat seine Stärken und Schwächen. Ich habe viele Dinge mit dem normalen Schulbetrieb verbunden: Konfliktschlichter ausgebildet, Tanzkurse organisiert und viel Projektarbeit gemacht. Ich gebe zu, dass das in den Fächern LER, Geschichte und Sport etwas einfacher ist als in Mathe oder Chemie.

Frage: Über die richtige Schulform gibt es schon lange politischen Streit. Was sind Ihre Erfahrungen als Lehrerin?

K.D.: Ich habe viele Jahre in Calau an der Oberschule unterrichtet. Die meisten Kinder wechseln nach der Grundschule auf ein Gymnasium oder eine Gesamtschule. Unser Schulsystem ordnet die Kinder ein. Wir legen sie schon früh auf ihren Bildungsweg und ihre Berufsorientierung fest. Das gefällt mir nicht. Eltern fühlen sich oft überfordert, wenn es um die Wahl der richti-

gen Schulform geht. Sie wollen eine gute Schule möglichst vor Ort, sie wollen die bestmöglichen Startchancen für ihre Kinder für die Zukunft.

Frage: Was heißt das für die Bildungspolitik?

K.D.: Kinder sollten lange gemeinsam lernen, mindestens von der ersten bis zehnten Klasse. Sie brauchen Entwicklungsmöglichkeiten in einer Schule, die alle Bildungsgänge anbietet, die die Schüler auf Berufsausbildung oder Abitur vorbereitet. Wir brauchen die Mehrgliedrigkeit nicht, denn sie diskriminiert Kinder, die noch Zeit brauchen. Kinder lernen unterschiedlich, müssen individuell gefördert werden. Diese Vielfalt sollten wir nutzen. Daher fordert die Linke die Einführung der Gemeinschaftsschule - eine Schule für ALLE, eine Schule der Vielfalt - ganz gleich wie wir es nennen. Diese Schule sortiert nicht aus, sondern heißt alle Kinder willkommen. Für diese Schulen braucht es jedoch optimale Lernbedingungen wie z.B. Sonderpädagogen, Teilungsräume und nicht zu große Klassen. ◀



Kathrin Dannenberg
bildungspolitische
Sprecherin



Bild: © Oliver Peters/fotolia.com

Auf den Anfang kommt es an!

Die Betreuung unserer Kinder ist uns als LINKE ein wichtiges Anliegen. Vor allem in der Kita werden durch frühkindliche Bildung zentrale Grundlagen für die spätere Entwicklung gelegt. Dafür braucht es einerseits ausreichend Kita-Plätze, andererseits wollen wir die Qualität in den Kitas deutlich verbessern.

Aus unserer Sicht muss hier zuallererst der Bund mehr in die Verantwortung genommen werden. Seit 2009 wurden für die Länder immer weniger Mittel für den Kita-Ausbau bereitgestellt - das ist eine fatale Entwicklung. Auch sollte die Bundesregierung mit einem Kita-Qualitätsge-

setz endlich Standards schaffen und dafür auch die notwendigen Gelder bereitstellen. DIE LINKE will z.B. die nicht mehr benötigten 900 Mio. Euro aus dem Betreuungsgeld weiterhin für die Kitas ausgeben.

Bundesweit unterstützt DIE LINKE auch die Streiks der ErzieherInnen. Die Forderung nach einer Aufwertung der Erzieherberufe ist berechtigt; wir stehen hier an der Seite der Streikenden.

Im Land Brandenburg haben wir seit der Regierungsbeteiligung der LINKEN viel für die Kitas erreicht. Wir haben z.B. unser Wahlversprechen eingelöst und die Qualität in den Einrichtungen verbessert.

Musste sich vor 2009 eine Erzieherin bei den Null- bis Dreijährigen noch um sieben Kindern kümmern, so wird sie sich ab 2016 nur noch um fünf Kinder kümmern müssen. Auch bei den Drei- bis Sechsjährigen verbesserte sich der Betreuungsschlüssel von 1:13 auf 1:12. Wir kommen damit nicht nur unserem Ziel näher, kleinere Gruppen in den Kitas zu schaffen - wir eröffnen mit dieser Verbesserung des Schlüssels auch die Möglichkeit, junge Erzieherinnen und Erzieher einzustellen.

Mit dem Kita-Gesetz haben wir neben der Verbesserung des Betreuungsschlüssels auch ein zweites wichtiges Anliegen der LINKEN in unserem Land umgesetzt. Viele Eltern-Initiativen fordern zu Recht endlich mehr Mitbestimmung auch im Kita-Bereich. Bisher sind sie nur auf der Ebene der Einrichtung selbst eingebunden - aber weder auf Kreis- noch auf Landesebene. Mit dem Gesetz ermöglichen wir nun die Gründung von Elternbeiräten, die bei allen für die Kita wichtigen Entscheidungen einzubeziehen sind. Auch eine zweite Forderung vieler Eltern, nämlich die Beitragsfreiheit, wollen wir noch in dieser Wahlperiode angehen. Unter Rot-Rot hat sich schon viel für eine bessere Kinderbetreuung in unserem Land getan - aber noch können wir uns nicht zufrieden zurücklehnen. ◀

Gerechte Chancen für alle Kinder

Der Kampf gegen die Kinderarmut in Brandenburg

Junge Menschen haben ein Recht auf Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und Teilnahme und ein Recht auf Schutz vor jeglicher Form von Gewalt. Die Realität sieht jedoch leider anders aus - weltweit. Auch in Deutschland ist Kinderarmut ein brennendes Problem. Jedes sechste Kind unter drei Jahren wächst in diesem reichen Land in Armut auf. Für die Hälfte der armen Kinder ist Armut keine vorübergehende Episode, sondern ein Dauerzustand. Das muss sich ändern. Ein früher Kitabesuch kann helfen, die Auswirkungen von Kinderarmut abzumildern. Das setzt aber voraus, dass die Gruppen in den Kitas auch sozial durchmischt sind, was wiederum voraussetzt, dass die Gesellschaft in den Städten sozial nicht komplett aufgespalten ist. Der Kampf gegen Kinderarmut muss Priorität haben. Wir als LINKE fordern deswegen die Einführung einer Kindergrundversicherung für alle Kinder und Jugendlichen, die sie sicher vor Armut schützt“, betonte im Juni 2015 die Parteivorsitzende der LINKEN, Katja Kipping.

Die nach wie vor hohe Zahl armer Kinder in Deutschland ist vor allem auf die Untätigkeit der Bundesregierung zurückzuführen. Diese redet das Problem klein und verschleppt Entscheidungen, die armen Kindern helfen könnten, wie im März in einer von der Linksfraktion im Bundestag beantragten Aktuelle Stunde deutlich wurde.

Anlass waren Ergebnisse einer Bertelsmann-Studie, wonach viele Kinder, deren

Familien von Hartz IV leben, in ihrer Entwicklung bereits im Vorschulalter hinterherhinken. Demnach weisen sie mehr als doppelt so viele Defizite auf wie Altersgenossen aus gesicherten finanziellen Verhältnissen. Der Studie zufolge spricht über 40 Prozent der armutsgefährdeten Kinder nur mangelhaft Deutsch. Geht es den Familien finanziell besser, haben nur rund 14 Prozent große Defizite. Kinder aus armen Familien haben außerdem mehr Probleme mit der Körperkoordination, im Umgang mit Zahlen und sind häufiger übergewichtig.

Vielen Kindern mangelt es an elementaren Zuwendungen wie regelmäßigen warmen Mahlzeiten, Spielzeug, Freizeitaktivitäten oder Kleidung. Mit vier Euro

Die Große Koalition redet das Problem klein

Kindergeld mehr, wie jüngst entschieden wurde, sind diese gravierenden Probleme nicht aus der Welt zu schaffen.

Trotz sinkender Arbeitslosigkeit bleibt die Kinderarmut auch in Brandenburg ein bedrückendes Problem. In Brandenburg lebt jedes vierte Kind in Armut, in Frankfurt (Oder) sogar fast jedes dritte. Strategien gegen Kinderarmut zu entwickeln, ist für DIE LINKE ein Arbeitsschwerpunkt. Auf Initiative der LINKEN wurden im aktuellen Landshaushalt finanzielle Mittel zur Armutsbekämpfung bereitgestellt. Mit insgesamt 500.000 Euro sollen 2015 und 2016 sozialräumliche Ansätze zur Bekämpfung

der Armut bei Kindern und Jugendlichen und deren Folgen gefördert und regional ausgerichtete Strategien unterstützt werden.

Kinderarmut hat vielfältige Ursachen, die häufigste ist ein zu geringes Einkommen der Familie. Armut darf nicht automatisch zu schlechteren Bildungs- und eingeschränkten Entwicklungschancen führen. Wer Armut nachhaltig bekämpfen will, muss alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Akteure einbeziehen. Die Bundesregierung hat es versäumt, dem flächendeckenden Anstieg der Armut entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir alle landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpfen – in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, in der Familien- und Gesundheitspolitik – um die Bildungs- und Teilhabechancen für arme Kinder zu verbessern.

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode hat sich der Landtag zur aktiven Bekämpfung von Armut bekannt. Dabei knüpfen wir an Bewährtes wie das Schüler-Bafög für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien sowie den Zuschuss zu Familienreisen oder das Mobilitätsticket an. Mit dem Runden Tisch gegen Kinderarmut soll das Thema stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein gerückt werden. Er soll Kommunen und Regionen anregen, gemeinsam mit unterschiedlichsten Akteuren Erfahrungen zu bündeln und neue Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf den Weg zu bringen.

Für eine regional angepasste Tierhaltung

Verglichen mit früheren Jahren und mit anderen Regionen Deutschlands ist der Bestand der meisten landwirtschaftlichen Nutztierarten in Brandenburg niedrig. Dennoch wird die Tierhaltung in der Gesellschaft kontrovers diskutiert, wie die Volksinitiative gegen Massentierhaltung zeigt. Grund dafür ist die zunehmende Intensivtierhaltung in riesigen Anlagen. Hier konzentrieren sich Belastungen für Anwohner und Umwelt. Außerdem finden die Bedingungen, unter denen Nutztiere gehalten werden, immer weniger Akzeptanz.

DIE LINKE hält Tierhaltung für einen wichtigen Teil der heimischen Landwirtschaft, unterstützt aber auch das Anliegen der Volksinitiative, Schäden durch Intensivtierhaltung zu vermeiden und das Tier-

wohl zu verbessern. Einige Forderungen der Volksinitiative sind auf Landesebene nicht umsetzbar, so das geforderte Verbot, Hühnerschnäbel und Schweineschwänze abzuschneiden. Das ist reines Bundesrecht.

Rot-rot hat die Volksinitiative abgelehnt, ist ihr aber zugleich entgegengekommen. So soll die Förderung der Ställe evaluiert werden, die Etablierung eines Tierschutzbeauftragten wird geprüft und der Verbrauch von Antibiotika in der Haltung soll eingeschränkt werden. DIE LINKE wünscht sich darüber hinaus z.B. die Einführung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände, damit Entscheidungen nicht nur aus Sicht der Tierhalter, sondern auch aus Sicht des Tierschutzes gerichtlich überprüft werden können. Auch befürworten

wir eine noch strengere Ausrichtung der Agrarinvestitionsförderung am Tierwohl, auch wenn wir uns auf diese Punkte in der Koalition nicht verständigen konnten.

Grundübel ist der Preisdruck durch den monopolartig strukturierten Lebensmittel Einzelhandel. Ein viel zu geringer Anteil des Ladenpreises kommt beim Produzenten an. Das setzt die Tierhalter unter Druck, die Haltung weiter zu intensivieren und die Bestände zu vergrößern. Mehr regionale Verarbeitung und Vermarktung, bei der ein größerer Anteil der Wertschöpfungskette beim Produzenten und in der Region bleibt, ist deshalb ebenfalls ein Beitrag für eine bessere Tierhaltung.



Die Menschenwürde gilt auch für Flüchtlinge

Anmerkungen zur aktuellen Asylpolitik

Als im August in Nauen eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Flammen aufging, war klar – die Welle rassistischer Anschläge gegen Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge macht auch vor Brandenburg nicht halt. Obwohl viele Menschen erschüttert reagierten und ihre Solidarität mit den Betroffenen bekundeten, müssen wir uns eingestehen: So offen trat Fremdenfeindlichkeit in Deutschland zuletzt vor zwanzig Jahren zutage.

Die Bundesregierung wirkt angesichts dieser Entwicklung überfordert. Die Koalition aus CDU/CSU und SPD macht den gleichen Fehler wie in den Neunzigerjahren: treibt die Abschottung Europas voran und will mit repressiven Maßnahmen gegen die Flüchtlinge vorgehen. Und statt Fluchtursachen zu bekämpfen, will sie das Asylrecht verschärfen.

So will die Koalition weitere Staaten zu sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ erklären. Der Begriff fand Anfang der 1990er Jahre Eingang ins Asylrecht. Damals kamen wegen des Bürgerkriegs in Jugosla-

Union und SPD machen die gleichen Fehler wie vor 20 Jahren

wien viele Flüchtlinge nach Deutschland. Die politische Debatte kreiste um die Frage, wie sich der „Zustrom“ von noch mehr Flüchtlingen verhindern lässt.

Dabei waren die Anerkennungsquoten mit weniger als fünf Prozent sehr gering. Denn neben dem Status als politisch Verfolgte gab es keine Regelung für Bürgerkriegsflüchtlinge. Die Flüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien hatten keine Chance auf Asyl. Aus humanitären Gründen konnte man sie aber auch nicht zurückschicken. Die Stimmung in der Bevölkerung war aggressiv, es mehrten sich fremdenfeindliche Anschläge.

1992 einigten sich CDU/CSU und SPD auf den sogenannten Asylkompromiss. Er gilt

Kritikern bis heute als faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl in Deutschland. Derzeit erhalten auch wegen dieser Regelung weniger als zwei Prozent der Flüchtlinge politisches Asyl. Eine deutlich höhere Quote wird erreicht, weil ca. 30 Prozent als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden. Darüber hinaus gibt es noch den sogenannten „subsidiären Schutzstatus“ – er kann jenen helfen, die zwar keinen Flüchtlingsstatus erhalten, denen in ihrer Heimat aber Gefahr für Leib und Leben droht.

Nun erhalten Flüchtlinge vom Balkan zu weniger als drei Prozent einen Schutzstatus in Deutschland. Doch missbrauchen sie deshalb das Asylrecht, wie von PolitikerInnen der CDU-SPD-Koalition im Bund häufig zu hören ist? Nein. Denn jeder hat das Recht, um Asyl zu ersuchen, ob er später anerkannt wird oder nicht. Das ist im Grundgesetz garantiert.

Zudem ist die Lage auf dem Balkan auch keineswegs für alle Bevölkerungsgruppen so sicher, wie gerne behauptet. Diskriminierung und rassistische Verfolgung verschwinden nicht, nur weil in Deutschland der Bundestag beschließt, dass ein Land

„sicher“ sei. Für Sinti und Roma zum Beispiel ist kein Balkanland sicher. Wohnungen und Papiere werden ihnen vorenthalten, Kinder haben kaum Zugang zu Bildung und Erwachsene werden auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Ihre Siedlungen werden willkürlich abgerissen und rassistische Übergriffe sind nicht nur alltäglich,

Für Sinti und Roma ist kein Balkanland sicher

sie werden auch nicht durch die Behörden geahndet. Auch andere ethnische Minderheiten und Homosexuelle werden in vielen Balkanstaaten drangsaliert.

Solche Zustände nennt man Mehrfachdiskriminierung und diese kann auch zu einem Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention führen. In anderen Ländern Europas erhalten deshalb bis zu 40 Prozent der Balkanflüchtlinge einen Schutzstatus. Nur Deutschland macht in dieser Hinsicht eine humanitär bedenkliche Ausnahme.

Im Zuge der aktuellen Debatte wollen PolitikerInnen vor allem der CDU/CSU jetzt weitere Balkanstaaten (Kosovo, Albanien und Montenegro) auf die Liste der siche-



Frieden für Syrien
und
für die ganze WELT

ren Herkunftsländer setzen. Sie begründen dies zum einem mit Abschreckung: Potentiell Fluchtwillige würden davon abgehalten, nach Deutschland zu kommen. Vor allem aber argumentieren sie mit der vermeintlichen Verkürzung der Verfahrensdauer: Die Flüchtlinge könnten schneller abgeschoben werden, denn wer aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten anreist, wird im Asylverfahren und bei der gerichtlichen Überprüfung benachteiligt. Zudem besteht Ausreisepflicht binnen einer Woche.

Doch diese Argumente sind fadenscheinig. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wälzt mehr als 240.000 Verfahren vor sich her. 2014 wurden bereits Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftssta-

Die Bundesregierung hofft auf Zustimmung vom rechten Rand

ten eingestuft. Doch die Zahl der offenen Verfahren erhöhte sich weiter. Die durchschnittliche Verfahrensdauer sank zwar von sieben auf fünf Monate. Dies dürfte aber vor allem daran liegen, dass bei Flüchtlingen aus Kriegsgebieten wie Syrien die Anerkennungsquote bei fast 100 Prozent liegt – in diesen Fällen wird auf Anhörungen verzichtet und im schriftlichen Verfahren entschieden.

Die AntragstellerInnen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten aber werden weiterhin mündlich angehört. Das ist auch richtig, denn nur so können sie erklären, warum ihnen, entgegen der Annahme, ihr Herkunftsland sei sicher, dennoch Verfolgung, Folter oder Diskriminierung drohen. Nur das Argument mit den schnellen Verfahren ist damit hinfällig.

Tatsächlich spart das Bundesamt nach

eigenen Angaben ganze zehn Minuten Arbeitszeit, wenn ein Asylbewerber aus einem „sicheren“ Herkunftsland stammt: Es muss nicht schriftlich erklären, warum ein Antrag unbegründet sei. Zehn Minuten – und das ist alles! Bleibt das Argument der Abschreckung. Doch lassen sich rassistisch Verfolgte von der Flucht abhalten, weil Deutschland sagt, rassistische Verfolgung gäbe es bei ihnen nicht? Wohl kaum! Flüchtlinge belegen keinen Grundkurs Deutsches Asylrecht, bevor sie zu uns kommen. Sie kommen, weil sie unerträglichen Zuständen entfliehen wollen – und wie ihr Heimatland bei uns eingestuft wird, dürfte ihnen herzlich egal sein.

Warum also wollen CDU/CSU und SPD weitere Balkanländer als sichere Herkunftsländer einstufen, wenn es faktisch nichts bringt? Zum einen steht die Bundesregierung unter Druck. Sie will Handlungsfähigkeit demonstrieren, indem sie weitere sichere Herkunftsstaaten als Problemlösung verkauft, und erhofft sich dadurch Zustimmung am rechten Rand.

Aber es gibt noch einen wichtigeren Grund. Die Rechte im Asylverfahrensgesetz sollen weiter eingeschränkt, die Leistungen für Flüchtlinge aus bestimmten Ländern reduziert werden. Anders lässt sich die von Unions- und SPD-Politikern angeführte Debatte um „Armutsfüchtlinge“ vom Balkan und deren gesonderte Unterbringung in speziellen Lagern nicht deuten. Das aber wäre die Unterscheidung in Flüchtlinge erster und zweiter Klasse, von „guten“ Bürgerkriegsflüchtlingen und „schlechten“ Armutsfüchtlingen. Mit der LINKEN nicht zu machen – unseren Leitsatz in dieser Frage hat das Bundesverfassungsgericht vorgegeben: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

Ein Job für die Zivilgesellschaft

In Deutschland brennen wieder Flüchtlingsunterkünfte; noch sind es zum Glück „nur“ geplante Unterkünfte. Und wer sich für Flüchtlinge einsetzt, gerät in Gefahr. Die Politik steht vor großen Herausforderungen. Aber auch die Zivilgesellschaft, wir Bürger, können viel tun, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Denn Hass und Vorurteile sind unter uns, manchmal schon hinter der Tür des Nachbarn.

Da sind diejenigen, die schon immer fanden, dass Deutschland vor „Überfremdung“ geschützt werden muss. Die rassistisch und fremdenfeindlich sind und die sich jetzt – auch durch AfD, Pegida & Co. – wieder trauen, das auch laut zu sagen. Sie hetzen gegen alle, die vermeintlich fremd sind. Unser Job als Zivilgesellschaft ist, diese Menschen aufzuhalten. Wenn sie hetzen, wenn sie drohen und wenn sie schlagen, müssen wir uns ihnen entgegen stellen. Mit aller Kraft!

Dann sind da diejenigen, die Ängste haben. Die anfällig sind für Ressentiments. Die um ihr schönes ruhiges Leben fürchten und um ihre Zukunft. Auch sie haben Vorbehalte gegenüber allem, was fremd ist. Um sie lohnt es zu kämpfen. Unser Job als Zivilgesellschaft ist aufzuklären, Ängste zu nehmen und Begegnungsräume zu schaffen. Mit wem man einen Kaffee getrunken hat, den findet man nicht mehr so bedrohlich. Und wen man im Sportverein trifft, der gehört irgendwann „zu uns“.

Und es gibt diejenigen, die Geflüchtete beschützen. Die aus Humanität, aus tiefer Nächstenliebe, aus Erfahrungen im eigenen Leben oder auch aus religiöser

oder politischer Überzeugung helfen. Die sich Neonazis in den Weg stellen und so selbst ins Visier von Hass und Gewalt geraten. Unser Job als Zivilgesellschaft ist, den Unterstützern jede Hilfe zu geben, die wir geben können.

Und dann gibt es die Geflüchteten. Diejenigen, die bei uns Zuflucht suchen vor Krieg, Verfolgung und Elend. Die als vermeintlich Fremde unter uns leben, ob seit Kurzem oder schon lange. Ihnen müssen wir verlässliche Helfer und Beschützer im täglichen Leben, Verteidiger ihrer Interessen sein. Wir müssen dafür sorgen, dass ihre Stimmen und Sorgen gehört werden. Kurzum: Wir Bürger müssen die Anwälte der Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer sein!

Es gibt also viel zu tun in dieser Zeit. Und doch ist es ein Kampf, den wir führen müssen. Hier stellen sich die Weichen für die Zukunft dieser Gesellschaft, dieses Landes. Wie eine Gesellschaft mit den Schwächsten umgeht, sagt viel darüber aus, in welche Richtung sie sich entwickelt. Humanität, Empathie und Solidarität – das sind Werte, für die es sich zu kämpfen lohnt. ▶



Das ist ein Kampf um Grundwerte Interview mit Andrea Johlige

Frage: Frau Johlige, die Anschläge auf Flüchtlingsheime in Nauen, Heidenau oder Berlin-Marzahn erinnern an die Pogrome gegen Asylsuchende in den 1990er Jahren. Ist das eine neue Dimension von Fremdenfeindlichkeit, die wir gerade erleben?

A.J.: Ich glaube, im Gegensatz zum Anfang der 1990er Jahre erleben wir aktuell eine große Welle der Hilfsbereitschaft und des zivilgesellschaftlichen Engagements. Das macht Mut. Dennoch zeugen die Anschläge und Ausschreitungen von einem unfassbaren Hass gegen Flüchtlinge. Wer Notunterkünfte anzündet und Gewalt gegen Flüchtlinge ausübt, stellt sich außerhalb des demokratischen Konsens' in unserem Land. Wir als LINKE stehen dafür, diejenigen, die bei uns Schutz suchen, zu schützen und diejenigen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, zu unterstützen. Wer rassistische Ressentiments schürt und Flüchtlinge angreift, den werden wir konsequent bekämpfen.

Frage: Es gibt doch viele zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechts, auch in Brandenburg. Was ist schiefgelaufen?

A.J.: Ich glaube, wir haben in Brandenburg viel richtig gemacht: mit unserer klaren Ächtung rechtsextremer Bestrebungen und der Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements – etwa durch das Bündnis Tolerantes Brandenburg. Gerade erleben wir aber den Kampf um die Grundwerte unserer Gesellschaft. Wollen wir in einem Land leben, das von Hass zerfressen ist oder in einem, in dem niemand in Angst leben muss? Ich möchte, dass wir alle daran arbeiten, dass Toleranz, Weltoffenheit und Solidarität nicht nur leere Worthülsen sind, sondern gelebte Praxis. Dafür müssen wir alle kämpfen.

Frage: Die Bundesregierung scheint mit der Lage überfordert. Gleichzeitig will sie das Asylrecht verschärfen und gegen Flüchtlinge vom Balkan vorgehen. Heißt das die Stimmung in der Bevölkerung nicht noch weiter an?

A.J.: Das Gerede von „Armut Flüchtlings“ und die Debatten um Leistungskürzungen für Asylsuchende sind wenig hilfreich, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Jemand, der vor Krieg und Verfolgung flieht, wird sich davon nicht abschrecken lassen. Wenn es ums nackte Überleben geht, ist es egal, ob man in Deutschland Taschengeld oder Sachleistungen erhält.

Wir stehen vor der Herausforderung, wie wir denjenigen, die bei uns Schutz suchen, ein gutes Willkommen und vor allem eine gute Integration bieten. Und natürlich verstärken jene Debatten in der deutschen Bevölkerung Ressentiments. Stattdessen sollten wir uns den entscheidenden Fragen widmen: Wie bekämpfen wir nachhaltig Fluchtursachen? Wie sorgen wir dafür, dass Krieg nicht mehr bevorzugtes Mittel internationaler Politik ist? Und wie schaffen wir es, Menschen eine Perspektive in ihren Herkunftsstaaten zu geben?

Frage: Diese globalen Herausforderungen wird man nicht von heute auf morgen bewältigen können. Was muss hier und jetzt passieren?

A.J.: Wir erwarten in Brandenburg in diesem Jahr fast 25.000 Menschen, die bei uns Schutz suchen. Das ist eine enorme Herausforderung für Land und Kommunen. Wichtig ist, dass wir neben dem Aspekt der Unterbringung die Integration nicht aus den Augen verlieren. Integration funktioniert am besten, wenn die Menschen eine klare Perspektive haben. Alle müssen die Chance haben, einen Deutschkurs zu besuchen. Kinder müssen wir in besonderen Willkommensklassen fördern, damit sie rasch am Regelunterricht teilnehmen können. Es muss Ausbildungs- und Berufsperspektiven geben. Und die dezentrale Unterbringung in Wohnungen sollte Vorrang vor der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften haben, weil ein normales Leben nur in Wohnungen möglich ist.

Frage: Die Politik ist also gefordert. Und was kann jeder einzelne Bürger tun?

A.J.: Wir müssen endlich erkennen, dass Flüchtlinge keine Last, sondern eine Chance sind. Damit meine ich nicht nur die Chancen durch mehr Menschen, die bei uns leben und arbeiten. Ich meine vor allem die kulturellen Chancen. Die Gesellschaft hat sich in der Geschichte vor allem durch Einflüsse von außen, durch die Erweiterung des kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Horizonts weiterentwickelt. Darüber sollten wir mehr reden und nicht nur über die Probleme, die es gibt. ▶



Andrea Johlige
flüchtlingspolitische
Sprecherin



Bild: © kallejipp/photocase.com

Verwaltungs-Strukturreform in Brandenburg

Wie das Vorhaben gelingen kann

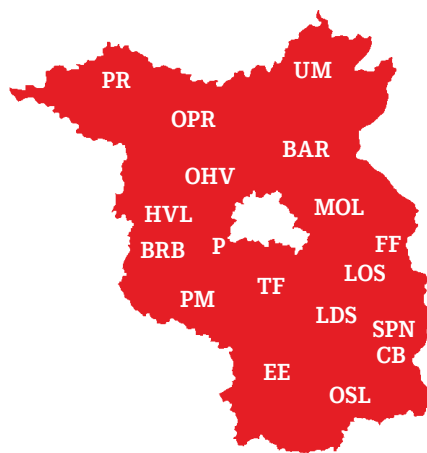
Wie wird Brandenburgs Verwaltung in Zukunft aussehen? Ende August hat eine Reihe von Regionalkonferenzen in den Landkreisen und kreisfreien Städten begonnen, und die Öffentlichkeit beteiligt sich rege an der Diskussion. Meist geht es dabei aber nur um den künftigen Zuschnitt der Landkreise oder das Thema Kreisfreiheit. Seltener ist von den Schulden die Rede, mit denen sich viele Kommunen in Brandenburg herumschlagen müssen. Doch die LÖcher in den Kassen führen dazu, dass in den schrumpfenden Regionen des Landes das Geld für die öffentliche Daseinsvorsorge knapp wird. Auch für die freiwilligen Leistungen wird es vielerorts eng – dort gerät die Förderung für Kultur, Sport und Ehrenamt in Gefahr.

Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken

Dies zu ändern ist der wichtigste Grund, aus dem DIE LINKE eine Verwaltungsreform in Brandenburg unterstützt: Wenn wir größere Kreise schaffen, soll das nicht auf Kosten der Bürgernähe gehen, wie Gegner der Reform gerne behaupten. Das Gegenteil ist der Fall – indem wir Aufgaben, die bisher bei den Kreisen lagen, in die Städte und Gemeinden verlagern, wollen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken und ihnen ihre Handlungsfähigkeit erhalten.

Wegen der Erfahrungen, die andere Länder mit ihren Kreisgebietsreformen gemacht haben, wissen wir: Das Vorha-

ben kann nur gelingen, wenn Aufgaben vom Land auf die Kommunen übertragen werden und wenn das Land Kreise, Städte und Gemeinden während der Reform unterstützt und vorher zumindest einen Teil ihrer Schulden tilgt. Deshalb wollen wir Landesgeld in die Hand nehmen und einen Weg gehen, den kein anderes ostdeutsches Land bisher gegangen ist.



Dafür streben wir eine umfangreiche Teilentschuldung der Kommunen an. Wir können diese Schulden nicht vollständig tilgen; das wäre weder bezahlbar noch sinnvoll. Rund 200 Mio. Euro Landesmittel wollen wir zur Verfügung stellen. Dabei wollen wir nicht mit der Gießkanne vorgehen, sondern die Höhe der Kassenkredite und die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigen – wo die Einwohnerzahl besonders stark gesunken ist, soll es auch mehr Geld geben.

Im Zuge der Reform werden Verwaltungen zusammengelegt und Aufgaben werden übertragen. Das verursacht Kosten, die wir mit einer einmaligen Pauschale abdecken wollen, getragen vom Land. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass die Qualität öffentlicher Dienstleistungen hoch bleibt, wenn unterschiedliche Standards und Verfahrensweisen einander angepasst werden. Auch dafür soll das Land über mehrere Jahre gestaffelt Geld zur Verfügung stellen.

Ein Dorf bleibt ein Dorf – und es lebt aus seiner Gemeinschaft

Städte, die wegen der Reform ihre Kreisfreiheit verlieren, wollen wir als Oberzentren stärken, z.B. soll die Funktion des Oberzentrums im Finanzausgleichsgesetz (FAG) als Zuwendungsgrundlage neu beschrieben werden. Das heißt: Für bedeutende kulturelle Einrichtungen und für die Aufgaben, die Oberzentren wahrnehmen, sollen sie zusätzlich Geld erhalten; gleichzeitig werden ihnen durch die Reform Kosten abgenommen.

Wenn größere Strukturen entstehen, sollen im Gegenzug die ehrenamtliche Mandatsträgerinnen und -träger mehr Rechte erhalten. Dafür wird sich DIE LINKE einsetzen. Auch sollen gewünschte Zusammenschlüsse freiwillig erfolgen. Und eines werden wir sicher nicht vergessen: Ein Dorf bleibt ein Dorf; es lebt aus seiner Gemeinschaft. ◀

Gesundheitspolitik und Pflegeoffensive

Für eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung in den Regionen

Als Linksfraktion wollen wir auch künftig eine bedarfsgerechte, flächendeckende und gut erreichbare medizinische und gesundheitliche Versorgung in allen Landesteilen sichern. Dies wird nur gelingen, wenn die vorhandenen Ressourcen klug und gemeinsam eingesetzt werden, so dass die medizinischen Leistungen auch für strukturschwächere ländliche Regionen in guter Qualität angeboten und angemessen finanziert werden.

In der letzten Legislaturperiode hat Rot-Rot bereits wesentliche Grundlagen für die künftige Sicherung der gesundheitlichen Versorgung gelegt: mit der Fortschreibung des Dritten Krankenhausplanes, mit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung von einer Einzelförderung auf eine Pauschale und der Konstituierung des gemeinsamen Landesgremiums.

Das gegliederte System der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland ist komplex und enthält auch Hemmnisse für die Umsetzung neuer Ideen. Damit das innovative Potential aller Beteiligten in Brandenburg voll zum Tragen kommen kann, müssen gemeinsam alle Innovationsräume ausgeleuchtet, bestehende Hindernisse beschrieben und Vorschläge zur ihrer Überwindung gemacht werden.

Die Pflegeoffensive hat ein selbstbestimmtes Leben zum Ziel

53 Krankenhäuser sorgen in Brandenburg für eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Gesundheitsversorgung. Grundlage ist der Krankenhausplan des Landes für 2014 bis 2018. Mit diesem wurde die Grundlage für eine zukunftsorientierte und kooperative Ausrichtung der Krankenhäuser gelegt. Sie bleiben wichtiger Anker für die Versor-

gung in der Fläche. Da über zwei Drittel aller Krankenhausleistungen von Menschen im höheren Lebensalter benötigt werden, wurde das Angebot vor allem in der Geriatrie, in der Inneren Medizin und in der Neurologie deutlich erhöht. Insgesamt ist das Angebot an vollstationären Betten nahezu konstant geblieben. Der verstärkte Aufbau von Tageskliniken weitet die Präsenz von Krankenhausleistungen auf dem Land deutlich aus. In den kommenden fünf Jahren wird das Land Krankenhausinvestitionen mit mindestens 400 Millionen Euro fördern.

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode hat der Landtag eine „Pflegeoffensive für eine verantwortungsvolle pflegerische Versorgung im Land Brandenburg auch in der Zukunft“ beschlossen. Ziel ist es, älteren und pflegebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in ihrem vertrauten Wohnumfeld und qualifizierte gute Pflege zu gewährleisten sowie ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Schätzungen zufolge werden 2030 in Brandenburg 163.000 Menschen pflegebedürftig sein. Die Mehrzahl wünscht sich, zu Hause gepflegt und in Würde alt zu werden.

DIE LINKE stellt sich den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft und steht für eine Politik des aktiven und gesunden Alterns. Ältere und pflegebedürftige Menschen sollen selbstbestimmt in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben können. Bereits heute werden 77 Prozent aller pflegebedürftigen Menschen von Angehörigen zu Hause gepflegt, zumeist mit Unterstützung von Pflegediensten. Gute Pflege darf nicht von den eigenen finanziellen Möglichkeiten abhängig sein.


Menschen mit Behinderungen haben mit der UN-Behindertenrechtskonvention ein

verbrieftes Menschenrecht auf ein selbstbestimmtes Leben inmitten der Gesellschaft. Sie möchten mobil sein und ihren Alltag ohne fremde Hilfe meistern können. Und sie haben ein Recht darauf. Denn niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden - so steht es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesregierung hatte für diese Legislaturperiode die Einführung eines Bundessteilhabegeldes im Rahmen eines Bundesgesetzes versprochen, bisher aber nichts vorgelegt.

Das Landespflegegeld soll in zwei Schritten erhöht werden

Die Linksfraktion will nicht länger darauf warten, bis die Bundesregierung endlich ihren Gesetzentwurf auf den Weg bringt, sondern wird mit der schrittweisen Erhöhung des Landespflegegeldes ab 2016 eine selbstständige Lebensführung für Menschen mit Behinderungen erleichtern und damit deren Gleichstellung und Teilhabe fördern. Auf ihre Initiative hat die Koalition einen Antrag zur Erhöhung des Landespflegegeldes in den Landtag eingebracht, der fraktionsübergreifend Zustimmung und im Haushalt Berücksichtigung fand. Die Landesregierung hat mit dem Haushaltsentwurf 2015/16 dafür Vorsorge getroffen. Insgesamt soll das Landespflegegeld um 30 Prozent erhöht werden.

Der erste Schritt, eine Erhöhung um 20 Prozent, soll zum 1. Januar 2016 vollzogen werden. 2018 wird der nächste Schritt folgen. Mit der Erhöhung des Landespflegegeldes nutzen wir unsere landesrechtlichen Möglichkeiten, um die Situation von Menschen mit Behinderungen in Brandenburg konsequent zu verbessern. 



Die Abgeordneten und ihre Büros

Diana Bader, Sprecherin für Frauen-, Familien-, Gleichstellungs- und Behindertenpolitik

Lange Straße 27
03238 Finsterwalde
Tel: 03531/7190930
Fax: 03531/7168295
E-Mail: buergerbuero.
elbe-elster@gmx.de

Dr. Andreas Bernig, Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaften

Am Gutshof 1-6
14542 Werder
Tel: 03327/57 01 92
Fax: 03327/57 01 93
E-Mail: dr.andreas.bernig@
kloster-lehnm.com

Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Infrastruktur,
Regionalplanung und Raumordnung

Am Amtshaus 2-2a, Shop 3
16341 Panketal
Tel: 030/94 39 30 58
Fax: 030/94 39 30 59
E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Kathrin Dannenberg, Stellv.
Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Bildungs- und Sportpolitik

Töpferstraße 9
03205 Calau
Tel: 03541/7024007
Fax: 03541/7024006
E-Mail: wahlkreisbuero-
k.dannenberg@dielinke@gmx.de

Thomas Domres, Parlamentarischer
Geschäftsführer, Sprecher für
Energie- und Umweltpolitik

Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
Tel: 03876/61 68 40
Fax: 03876/61 68 41
E-Mail: dialog@thomas-domres.de

Gerrit Große, Mitglied des Vorstands
Sprecherin für Kinder-, Jugend- und
Kulturpolitik

Bernauer Str. 71
16515 Oranienburg
Tel: 03301/20 09 94
Fax: 03301/20 09 99
E-Mail: gerrit.grosse@die-linke-ohv.de

Andrea Johlige, Sprecherin für Asyl-
und Flüchtlingspolitik, MigrantInnen-
und AusländerInnenpolitik und
Tolerantes Brandenburg

Kirchhofstraße 1-2
14776 Brandenburg an der Havel
Tel: 03381/229960
E-Mail: wahlkreis2@andrea-johlige.de
BürgerInnenbüro Rathenow
Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
BürgerInnenbüro Nauen
Marktstraße 18
14641 Nauen
Daniel Herzog
Tel: 0173/711 15 30
E-Mail: wahlkreis@andrea-johlige.de

Kerstin Kaiser, Sprecherin für Europa-,
Entwicklungspolitik und
Verbraucherschutz

Große Straße 45
15344 Strausberg
Tel: 03341/49 77 11
Fax: 03341/30 39 85
E-Mail: info@kerstin-kaiser.eu

Matthias Loehr, Sprecher für Tourismus
und Wirtschaftspolitik

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Tel: 0355/29 049 548
Fax: 0331/27 548-2064
E-Mail: loehr@dielinke-lausitz.de

Stefan Ludwig, Sprecher für
Kommunalpolitik und Finanzen

Erich-Kästner-Straße 12
15711 Königs Wusterhausen
Tel: 03375/529 64 74
Fax: 03375/29 36 22
E-Mail: stefan.ludwig@
dielinke-brandenburg.de

Margitta Mächtig, Sprecherin für
Rechts- und Justizpolitik

Heegermühler Str. 15
16225 Eberswalde
Tel: 03334/38 54 88
Fax: 03334/38 54 89
E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de
Wilsnacker Str. 1
16866 Kyritz
Tel: 033971/304 941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Sprecher für Innenpolitik

Galileistraße 37/39
14480 Potsdam
Tel: 0331/60 05 069
Fax: 0331/60 05 069
E-Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

Dr. Volkmar Schöneburg,
Sprecher für Medienpolitik

Mühlenstraße 15
15517 Fürstenwalde
Tel: 03361/3698981
E-Mail: volkmar.schoeneburg@
dielinke-brandenburg.de

Anke Schwarzenberg,
Sprecherin für Landwirtschaft,
ländliche Entwicklung und
Minderheitenpolitik

Berliner Str. 22
03149 Forst
Tel: 03562/69 34 34
E-Mail: wahlkreisbuero-forst@t-online.de

Anita Tack, Sprecherin für
Stadtentwicklungs-, Bau-,
Wohnungs- und Verkehrspolitik,

Dortustraße 53, Atrium
14467 Potsdam
Tel: 0331/8673 9492
Fax: 0331/8673 9494
E-Mail: anita.tack@
dielinke-brandenburg.de

Isabelle Vandre, Mitglied des
Vorstandes, Sprecherin für Hochschul-,
Wissenschafts- und Forschungspolitik

Mühlenstraße 22
17268 Templin
Tel: 03987/2091873
E-Mail: isabelle.vandre@dielinke-
brandenburg.de

René Wilke, Stellv.
Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Sozial-, Gesund-
heits-, Pflege- und Seniorenpolitik

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Tel: 0335/50 01 766
Fax: 0335/50 01 866
E-Mail: wahlkreisbuero@rene-wilke.de